

«Mutig – engagiert und im Zweifel fürs Vaterland»



AMI BOSSARD

E-Mail: bossard@prolibertate.ch

Liebe PRO-LIBERTATE-Mitglieder

Sie haben mir am 6. März 2004 Ihr Vertrauen gegeben und mich zur neuen Präsidentin gewählt. Ich danke Ihnen dafür. Freiheit, Demokratie und Menschenwürde sind Werte, die in der heutigen Zeit gefährdet sind, und wir müssen unsere Kräfte dafür einsetzen, dass sie für uns und unsere Nachkommen bewahrt werden können. Ich zähle auf Ihre Unterstützung.

Ganz ungetrübt ist meine Freude über die neue Aufgabe nicht, denn wie so viele bedaure auch ich, dass Werner Gartenmann sein PRO-LIBERTATE-Präsidium abgegeben hat und sich vermehrt anderen Aufgaben widmen wird.

Seit 2000 hat er PRO LIBERTATE präsiert, und sein Motto der diesjährigen Hauptversammlung (mutig – engagiert – und im Zweifel fürs Vaterland) gilt auch für seine Tätigkeit während dieser vier Jahre. Seine kritischen politischen Voten bereicherten die PRO-LIBERTATE-Mit-

teilungen. Er veranlasste, dass PRO LIBERTATE die aktuelle politische Situation mit Pressecommuniqués kommentierte und dadurch heute in der Presse wahrgenommen wird. Als talentierten Moderator und unterhaltenden Redner haben ihn viele an den Hauptversammlungen oder während der CH365-Events kennengelernt.

Werner Gartenmann, du hast PRO LIBERTATE während 4 Jahren erfolgreich geführt, zahlreiche Vorstandssitzungen geleitet und interessante Diskussionen initiiert. Wir danken dir für die unzähligen Arbeitsstunden, für deine kreativen Ideen, deinen Mut, dein Engagement und wünschen dir alles Gute und hoffen weiterhin von dir zu hören.

Für uns PRO-LIBERTATE-Mitglieder heisst es nun weiterhin auf Kurs zu bleiben, denn die Attacken auf unsere Freiheiten und Volksrechte sind gewaltig und die Versuchung, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, ist gross. Die Beziehungen zur EU müssen kritisch hinterfragt und gewertet werden. Schengen, auch wenn es gewisse Vorteile verspricht, attackiert unsere Freiheitsrechte. PRO LIBERTATE hat sich für die Armee XXI eingesetzt und fordert jetzt, dass sie umgesetzt wird, dass das Milizprinzip und die Neutralität gewahrt werden – wie versprochen – und die Landesverteidigungsaufgabe Schwerpunkt bleibt oder endlich wieder wird. Wir lehnen eine erneute Diskussion um die Armee und ihre Auf-

träge ab: Es braucht keine neue Armeeform! Denn das Schweizer Volk hat sich klar für eine Armee ausgesprochen, die in der Lage ist, die Verteidigung unseres Landes sicherzustellen. Wir wehren uns weiterhin gegen eine einseitige Geschichtsschreibung, die auch noch zum Lehrstoff erklärt wird.

Die Bürokratie wird zur Totengräberin unserer Gesellschaft, und gegen sie müssen wir ankämpfen. Der Machtergreifung durch die Verwaltung muss endlich Einhalt geboten werden.

Wir haben viel zu tun, packen wirs an, **mutig, engagiert für eine lebenswerte Zukunft!**

In dieser Ausgabe

- 2 Gespräch mit Botschafter Dr. Michael Ambühl zum Thema Beziehungen Schweiz – EU
- 3 Hurra – die Demokratie lebt
- 4 Steuerpaket 2001 – eine klassische Links/Rechts-Thematik
- 5 Die absurde Grüninger-Denkmalpflege
- 5 Verweigerung statt Diskussion
- 6 Die Verteidigung der Landesregierung
- 7 Moskau: Quo vadis, Putin?
- 8 Dienst in der Armee XXI
- 8 Zusammenfassung



Botschafter Dr. Michael Ambühl ist Chef des Integrationsbüros EDA/EVD und schweizerischer Unterhändler für die Bilateralen II. Zudem ist er noch Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. 1951 ist er geboren, wuchs in Bern auf und studierte dann an der ETH Zürich Betriebswissenschaften und angewandte Mathematik. Seit 1982 steht er im diplomatischen Dienst des EDA und war tätig in Kinshasa, Bern, New Delhi und in Brüssel (EU-Mission). Er ist verheiratet und hat ein Kind.



■ Botschafter Dr. Michael Ambühl spricht an der Hauptversammlung vom 6. März über die Beziehung Schweiz – EU ■■

«Bei all diesen Verträgen entscheidet letztlich das Volk, ob es sie will oder nicht.»

Gespräch mit Herrn Botschafter Dr. Michael Ambühl zum Thema Beziehungen Schweiz – EU

Sehr geehrter Herr Botschafter, gehen Sie gerne als Schweizer Diplomat zu den EU-Behörden nach Brüssel?

Die Beziehungen mit der Europäischen Union sind für die Interessen unseres Landes von zentraler Bedeutung. In den Bilateralen II beispielsweise geht es um so wichtige Anliegen wie die Verbesserung des Marktzugangs oder eine verbesserte europaweite Zusammenarbeit gegen Asylmissbrauch und grenzüberschreitendes Verbrechen. Ich bin darum ein wenig stolz darauf, in diesem wichtigen politischen Bereich die Schweizer Anliegen vertreten zu dürfen.

In welchem Zustand befindet sich heute das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union? Stecken wir in einer «Beziehungskrise», weil «die Braut nicht heiraten will»?

Ich stelle in meinen Kontakten immer wieder fest, dass die EU keine Probleme hat, zu akzeptieren, dass die Schweiz zu diesem Zeitpunkt nicht zu einem Beitritt bereit ist. Sie ist aber sehr darauf bedacht, bei der Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz keine Vorteile zu gewähren, die aus ihrer Sicht einseitig wären. Das heisst, die Schweiz soll prinzipiell nicht

besser gestellt werden, als die EU-Mitgliedstaaten.

Sie sind Unterhändler im Rahmen der laufenden bilateralen Verhandlungen mit der EU. Wie sieht Ihr Auftrag aus?

In den Bilateralen II werden parallel Verhandlungen über neun Themenbereiche geführt. Die Verhandlungen zu den einzelnen Bereichen werden von den jeweils zuständigen Amtsdirektoren geführt. Das Integrationsbüro ist als Koordinationsorgan für die schweizerische Europapolitik mitverantwortlich für die einzelnen Verhandlungen. Als Unterhändler ist es meine Aufgabe, diesen Verhandlungsprozess zu koordinieren und sicherzustellen, dass ein insgesamt optimales Verhandlungsergebnis erzielt wird. Grundlage ist dabei das vom Bundesrat beschlossene und von parlamentarischen Kommissionen und Kantonen genehmigte Verhandlungsmandat.

Wenn Sie im Auftrag des Bundesrates verhandeln müssen, denken Sie persönlich auch ab und zu an das Schweizer Volk?

Natürlich; es geht doch bei den Verhandlungen um Angelegenheiten, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger direkt betreffen. Es geht beispielsweise um Arbeitsplätze in der nahungsmittelverarbeitenden Industrie, um die Standortvorteile

der Schweiz als Tourismusdestination, um eine Verbesserung der inneren Sicherheit oder um Bildungsprogramme. Und vergessen wir nicht: Bei all diesen Verträgen entscheidet letztlich das Volk, ob es sie will oder nicht.

Wie würden Sie ihre Verhandlungspartner, also die zuständigen EU-Beamten, charakterisieren: Sprechen da Repräsentanten einer Grossmacht oder verständnisvolle Europäer?

Wir vertreten die Interessen der Schweiz, die EU ihre eigenen. Da kann es auch manchmal hart auf hart gehen. Auch wenn meine Verhandlungspartner die EU als Gesamtes vertreten: Ich erlebe sie trotzdem als typische Deutsche, Briten oder Griechen, und entsprechend vielfältig ist auch der Stil ihres Auftretens.

Die bilateralen Verhandlungen II stocken zur Zeit. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zum Schengener Übereinkommen bildet die Rechts- und Amtshilfe bei der Steuerhinterziehung offenbar ein Haupthindernis. Um was geht es konkret?

Es geht letztlich um die Frage des Informationsaustauschs bei Steuerhinterziehung. Wir suchen eine Lösung, die mit unserem Recht vereinbar ist.

Werden sich unser Land und die EU in dieser Frage finden?

Die Chancen sind intakt. Die EU hat ein grosses Interesse, das Abkommen über die Zinsbesteuerung abzuschliessen. Wir bieten dazu Hand, wenn wir im Schengen-Dossier eine Lösung finden, die den Interessen unseres Finanzplatzes Rechnung trägt.

Von den beiden gekoppelten Abkommen «Schengen und Dublin» erhofft man sich im Bundesrat und bei gewissen Sicherheitsverantwortlichen einen Gewinn bei der Inneren Sicherheit und bei der Reduzierung des Asylmissbrauchs. Hätte der Nicht-Beitritt für die Schweiz existentielle Folgen?

Schicksalsentscheidend ist der Beitritt zu Schengen/Dublin natürlich nicht. Die Bedeutung, die man diesem Abkommen beimisst, hängt davon ab, welchen Stellenwert man der inneren Sicherheit und einem innenpolitisch tragbaren Asylwesen zuschreibt. Tatsache ist, dass unser Nachbar Deutschland dank des elektronischen Schengener Fahndungsinstruments SIS seine Verhaftungsraten bei der internationalen Ausschreibung von Schwerverbrechern vervierfachen konnte. Tatsache ist auch, dass bereits heute – zurückhaltend geschätzt – jeder fünfte Asylsuchende schon in einem EU-Land ein Asylgesuch gestellt hat. Solche Ineffizienzen könnte man dank der asylopolitischen Kooperation von Dublin vermei-

den. Bleiben wir dagegen ausserhalb von Dublin, wird die Schweiz zunehmend zur einzigen Ausweichadresse für Asylsuchende in Europa und die Zweit- asylgesuche in der Schweiz werden entsprechend zunehmen. Wenn sie die Staus der letzten Tage an der deutschen Grenze in Basel betrachten, sehen sie einen weitem Grund für eine Schengen-Mitgliedschaft: Das Risiko eines durch intensive Kontrolle der Schengen Aussengrenzen massiv beeinträchtigten Grenzverkehrs wollen wir vermeiden.

In letzter Zeit fahren EU und besonders Deutschland grobes Geschütz auf: Zollbesteuerung bei den Re-Exporten, scharfe Personenkontrollen bei der Einreise nach Deutschland, harte Töne von den EU-Finanzministern. Ist das normales politisches bzw. diplomatisches «Powerplay» oder steckt mehr dahinter?

In beiden Fällen versichert uns Berlin, dass es sich um keine Druckversuche gegen die Schweiz handelt. Das ändert aber selbstverständlich nichts daran, dass für diese Probleme Lösungen gefunden werden müssen. Die Einführung von Zöllen auf Re-Exporte von EU-Waren zurück in die EU halten wir für einen klaren Verstoss gegen das Freihandelsabkommen von 1972. So weit konnten wir eine vorläufige Suspendie-

rung der Massnahmen erwirken. Bei den deutschen Kontrollen hoffe ich, dass ein Kompromiss zwischen den Schengener Sicherheitsansprüchen und dem Interesse an einem möglichst flüssigen Grenzverkehr gefunden werden kann. Wirklich lösen können wir dieses Problem letztlich aber nur durch unser Mitmachen bei der Schengener Zusammenarbeit.

Herr Botschafter, Sie kennen die EU, Sie kennen Brüssel, Sie sind Schweizer. Haben Sie Verständnis für Ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche den EU-Beitritt der Schweiz ablehnen?

Selbstverständlich. Man kann in dieser Frage in guten Treuen unterschiedlicher Meinung sein. Wir leben glücklicherweise in einem Land, in dem man über diese und viele andere Fragen debattieren und abstimmen kann. Wichtig scheint mir, dass wir aus diesem Thema keine Glaubensfrage machen, sondern unseren Entscheid auf Basis einer nüchternen Lageanalyse treffen.

Sehr geehrter Herr Botschafter, ich danke Ihnen herzlich für das Gespräch und wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer Arbeit.

Mit Botschafter Dr. Michael Ambühl sprach Ami Bossard, bossard@prolibertate.ch

H U R R A – Die Demokratie lebt

THOMAS FUCHS, GROSSRAT,
SEKRETÄR PRO LIBERTÄTE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Gewaltstraftäter müssen in Zukunft härter angefasst werden. Dies ist der Wille einer Mehrheit des Schweizer Stimmvolkes. Mit 56,2% hat es Ja gesagt zur Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für extrem gefährliche, nicht therapierbare Sexual- und Gewaltstraftäter». Dieses Resultat überrascht, denn in der Schweiz kommen zwar viele Initiativen vors Volk, aber nur selten wird eine angenom-

men. Zwischen 1991 und 2003 beispielsweise waren es von 51 gerade deren 3.

Das Ja ist umso erstaunlicher, weil das private Initiativkomitee aus Opfern und Angehörigen keine politische Unterstützung hatte, ausser von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und einigen kleinen Rechtsparteien, und nahezu alle Fachjuristen zu den erbitterten Gegnern gehören. Doch schon die rund 200'000 Unterschriften, die wir im Jahr 2000 eingereicht hatten, zeigten, dass die Verwahrung im Volk ein Thema ist. «Das

Volk denkt oft anders, als es die Politiker tun», kommentierte die erfreute Initiantin Anita Chaaban gegenüber SR DRS das Abstimmungsergebnis.

Das Resultat zeigt aber auch auf, dass einige Bürgerinnen und Bürger in diesem Land etwas erreichen können, wenn Sie den Durchhaltewillen und die nötige Kraft dazu haben. Mit dem positiven Ausgang der Abstimmung ist klar der Wille zum Ausdruck gekommen, Gewaltstraftäter härter anzufassen und keine Experimente mit Hafturlaub und provisorischer

Freilassung zu machen. Leider waren gerade in den letzten Tagen wieder einige unglaubliche Beispiele in den Medien zu lesen. Mit der Initiative wird nicht ein neues Sicherheitsgefühl vorgegaukelt, sondern es ermöglicht den Behörden, endlich hart durchzugreifen. Weitaus am deutlichsten angenommen wurde die Verwah-

rungs-Initiative mit 74,6% im Kanton Tessin. Verworfen wurde sie lediglich von zwei Ständen: Basel-Stadt sagte mit 51,9% Nein, Waadt mit knappen 50,4%. Der Bundesrat hat mit diesem Volksverdict nun die Aufgabe, die Initiative menschenrechtskonform auszugestalten. Hier zeigt sich bereits, wie wichtig die Wahl von

Bundesrat Blocher war, in seinen Zuständigkeitsbereich wird nämlich nun die Umsetzung fallen. Wir vom Initiativ-Komitee werden jedenfalls mit Argusaugen darüber wachen, dass das gewonnene Volksbegehren nunmehr getreu dem Willen der Mehrheit in diesem Land in ein griffiges Gesetz umgewandelt wird.

STEUERPAKET 2001

eine klassische Links/Rechts-Thematik

Am 16. Mai stehen drei eidgenössische Vorlagen von grosser Bedeutung an. Neben der 11. AHV-Revision, bei welcher es um mehr Gerechtigkeit und um die Sicherung der AHV für die kommende Generation geht, sind die beiden Steuervorlagen wichtig. Während die MwSt-Erhöhung auf 9,4%

eine zusätzliche Belastung des Volkes um rund 5 Milliarden Franken bringt, entlastet die Vorlage des Steuerpakets den Mittelstand gemäss Bundesrat um rund 2,5 Milliarden. Ich gehe im Folgenden speziell auf das Steuerpaket ein.

HANSRUEDI WANDFLUH,
NATIONALRAT UND UNTERNEHMER,
FRUTIGEN

Was will das Steuerpaket?

Bundesrat und Parlament schlagen ein Steuerpaket vor, das mehr Gerechtigkeit bei der Ehepaarbesteuerung vorsieht, eine Entlastung der Familien, die Sicherung des Finanzplatzes Schweiz sowie die Umsetzung des Verfassungsauftrags nach Wohneigentumsförderung.

Heiraten

soll sich wieder lohnen

Die Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung ist weitgehend unbestritten. Mit ihr wird die äusserst stossende und verfassungswidrige steuerliche Mehrbelastung von verheirateten gegenüber unverheirateten Paaren beseitigt. Dazu kommen höhere Kinderabzüge (Fr. 9300.-), neue Abzüge für Alleinerziehende (max. Fr. 5500.-) oder für die externe Kinderbetreuung (Fr. 7000.-). Die Kantone sind verpflichtet, die Neuerungen zu übernehmen, können jedoch die Höhe der Abzüge selber bestimmen.

Ja zum Finanzplatz

und zur Entlastung der KMU

Im Bereich der Umsatzabgabe sollen vom Bundesrat die im Dringlichkeitsrecht beschlossenen Massnahmen ins ordentliche Recht überführt werden. Die Übernahme der

bestehenden Praxis ist für den Finanzplatz Schweiz wichtig und politisch unbestritten.

Förderung des Wohneigentums

Der Eigenmietwert soll abgeschafft werden. Gleichzeitig sind der Schuldzinsenabzug und der Abzug der Unterhaltskosten nicht mehr zulässig. Ausnahmen gibt es einerseits für Ersterwerber von Wohneigentum zur Abfederung der Mehrbelastung während 10 Jahren und andererseits für grössere Renovationsarbeiten (>4000.-) zwecks Erhaltung der Bausubstanz. Zusätzlich wird ein Bausparmodell eingeführt, das jüngeren Mietern entgegenkommt, die später Wohneigentum erwerben wollen. Tourisuskantone können eine Zweitwohnungssteuer einführen, um Steuerausfälle bei Ferienhausbesitzern zu kompensieren.

Klassische Links/Rechts-Thematik

Eine links-grüne Allianz hat das Referendum gegen die Vorlage ergriffen. Sie sehen ihr Glück bekanntlich im Ausbau der staatlichen Tätigkeit (z.B. staatliche Wohnbauförderung). Für die bürgerliche Mehrheit dürfen die Staatsausgaben und die Steuerquote nicht mehr wie im letzten Jahrzehnt jährlich fast doppelt so stark wachsen wie die Wirtschaft. Eine

Annahme des Steuerpakets würde den Trend zu höheren Steuern und Abgaben nicht umkehren, aber doch ein wenig verlangsamen. Im Legislaturfinanzplan des Bundes ist für das Jahr 2005 eine weitere Steigerung der Steuern und Abgaben von 5% (!) geplant. So darf es nicht weitergehen!

Widerstand einiger Kantone

Die linken Etatisten erhalten Unterstützung durch eine Minderheit der Kantone, darunter federführend der Kanton Bern. Sie machen vordergründig juristische Argumente gegen das Steuerpaket geltend – effektiv geht es jedoch um ein verlangsamtes Ansteigen der Steuererträge. Im Gegensatz dazu bleiben die nicht weniger betroffenen Gemeinden (Gemeindeverband) nicht bei einer statischen Betrachtungsweise der Steuerausfälle hängen. Für sie überwiegen die Chancen, die sich aus Wirtschaftswachstum, abnehmender Schuldenmentalität und steigender Kaufkraft für Familien und Wohneigentümer ergeben. Sie geben zu, dass die potentiellen Steuerausfälle, welche sich bei der Wohneigentumsbesteuerung ab dem Jahr 2009 ergeben, bis zu diesem Zeitpunkt bei einem minimalen Wirtschaftswachstum von jährlich 1% mehr als kompensiert sein werden. Von «zu Tode sparen» kann also keine Rede sein.

Folgerungen

Ich bitte Sie zusammen mit den Gemeinden, der Mehrheit der Kantone, dem Bundesrat sowie dem National- und Ständerat das revidierte Steuergesetz 2001 anzunehmen und ein kleines Zeichen zu setzen für die Entlastung des Mittelstands und der Familien, die Stärkung der Wirtschaft und die Wohneigentumsförderung. Und vergessen Sie nicht, die Verwendung

von Steuergeldern (Kanton Bern: Fr. 250000.–) gegen die Interessen des Mittelstandes (Steuerzahler) ist aufs schärfste zu verurteilen und darf nicht belohnt werden. Stimmen Sie JA zum Steuerpaket 2001!

Daneben erachte ich es als wichtig, dass der Revision der AHV-Vorlage zugestimmt wird. Andererseits ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes so lange

abzulehnen, bis von der AHV her zwingender Bedarf angezeigt ist und alle andern Verbesserungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind (Nationalbankgold etc.). Im Bereich der IV ist vorerst eine fünfte Revision des bestehenden Gesetzes umzusetzen. Zudem sind energische Massnahmen gegen den Missbrauch zu ergreifen. Nur mit Geld können wir die bestehenden Probleme nicht lösen.

Die absurde Grüninger-Denkmalpflege

SHRAGA ELAM, ZÜRICH

Die Veröffentlichung meiner Befunde in PRO LIBERTATE zum braunen Hintergrund der Aktivität des Alt-Polizeihauptmannes Paul Grüninger löste heftige Reaktionen aus. Einerseits wurden sie am 8.2.2004 lobend von der NZZ am Sonntag besprochen, andererseits begingen eine Reihe von Zeitungen und Personen regelrechten Rufmord gegen den Redaktor der NZZ am Sonntag, den Historiker Urs Rauber, und gegen mich.

Die Attacken kamen nicht ganz überraschend, denn ich warte nicht nur mit mehreren Indizien und Belegen für die engen Beziehungen zwischen dem angeblichen Judenretter Grüninger und den Nazis auf, sondern werfe auch der Historiker-Clique um die Bergier-Kommission Mitverantwortung für eine Geschichtsfälschung vor.

Es geht dabei eigentlich weniger um Grüninger und sein Wirken, sondern um die heutige saubere Geschichtsaufarbeitung, die Diskussionskultur und die Presse- und Forschungsfreiheit in diesem Land. Was aber wirklich erstaunte, war eigentlich, wie wenig sachlich auf meine Befunde eingegangen wurde. Man warf mir laienhafte Arbeit vor, dass ich nur mit Gerüchten und Verleumdungen hantierte oder dass ich aus richtigen Zitaten falsche Schlussfolgerungen gezogen habe. Ausserdem wurde ich als Spinner und Geschichtsrevisionist diffamiert. Nun gilt der Begriff Geschichtsrevisionismus zwar für jede Umwälzung eines Geschichtsbildes. In der breiten Öffentlichkeit je-

doch wird darunter Holocaust-Leugnung verstanden, was mit meiner Biographie (ich bin der Sohn eines jüdischen Flüchtlings), Position und Arbeit aber absolut nichts zu tun hat.

So wurde z.B. die Frage, warum Paul Grüninger kurz nach seiner Suspendierung ein Stellenangebot von seinen Nazi-Freunden bei der Polizei in Deutschland erhielt, kaum bis gar nicht behandelt. Aus ungeklärten Gründen trat der entlassene Polizeikommandant diese Stelle zwar nicht an. Folgende Fragen stehen im Vordergrund:

- Warum bemühten sich Nazis ausgerechnet um einen angeblichen Judenretter?
- Warum wurde diese Angelegenheit vom Grüninger-Rehabilitator, dem WoZ-Redaktor Stefan Keller, nicht richtig erwähnt und behandelt?

Bei diesem Sachverhalt geht es nicht um Gerüchte oder Verleumdungen, sondern um eine Aussage Grüningers selber, die durch andere Hinweise auf Bemühungen der

Nazis, Grüninger in ihren Reihen in Deutschland zu haben, noch verstärkt wirkt.

Meine Kritiker befanden es nicht für nötig, meine begründete Interpretation zu widerlegen, dass es sich hier höchstwahrscheinlich um eine Ersatzstelle für einen geplatzten Agenten handelte. Und sie lieferten auch keine alternative Erklärung dafür.

Das jüdische Wochenmagazin Tachles verzichtete in einer Hass-tirade über drei Seiten deklariertemassen auf eine Auseinandersetzung mit meinen Befunden und ging so weit, sogar dafür zu plädieren, dass Grüninger ausserhalb der kritischen Betrachtung gestellt werden solle.

Woher kommt die emotionale Überreaktion von Personen, die sich selber als kritisch betrachten? Warum diese Verkrampfung und Tabuisierung? Weil man hier das Gefühl hat, dass jüdische Interessen tangiert werden könnten? – Was ja eine kaum zu übertreffende Absurdität erreichen würde, da doch weder Grüninger noch seine zwei Rehabilitatoren (Stefan Keller und NR Paul Rechsteiner) jüdisch sind.

Shraga Elam ist israelischer Recherchierjournalist und Buchautor in Zürich.

VERWEIGERUNG statt DISKUSSION

ALFRED ZUMBRUNN,
GWATT-THUN

E-Mail: alfred@zumbrunn.com

Im Zusammenhang mit unserer Grüninger-Schrift hat NR Paul Rechsteiner die PL-Mitglieder als «Leute aus dem rechten Sumpf der unheimlichen Patrioten» bezeichnet. Wenn wir uns auf das

gleiche Niveau begeben wollten, könnten wir ihn im Gegenzug als «Relikt aus der 68er-Kloake» betiteln. Wir tun es nicht. Weil wir anständige Bürger sind und er als Nationalrat Respekt verdient, welchen allerdings auch er Andersdenkenden gegenüber erweisen müsste. Unser Ersuchen um eine Teilnahme an einem Grüninger-

Podiumsgespräch lehnte NR Rechsteiner ab mit der Begründung: «Bei übler Nachrede und Verleumdung besteht kein Anlass zu einem kontradiktorischen Podium.»

Rechsteiners Verhalten gibt zu denken. Es zeigt vorerst, wie sehr die resistent vom 68er-Geist Besessenen auch heute noch alles hassen, was, wenn auch nur entfernt, nach Nation, Patriotismus oder Armee riecht. Das ist zwar schlimm, aber wohl kaum zu ändern, und wir lernten damit zu leben. Viel schwerwiegender ist die bekundete Gesprächsverweigerung. Und NR Rechsteiner steht da nicht allein. Mit ihm üben sie tausende von seinen Gesinnungsgenossen und -genossinnen, welche (noch) in Ratsstuben, Verwaltungen, Geschäftsleitungen, Massenmedien, Universitäten und Schulen wirken. Liebend gern beschimpfen sie die Kriegsgeneration, wissen aber die Diskussion über den durch sie selbst in den letzten rund 30 Jahren verursachten Schlamassel in fast allen Lebensbereichen gekonnt und stur zu verhindern. Sie verfügen über die Macht dazu. Weil sie in vielen der oben erwähnten Institutionen an entscheidenden Schaltstellen sitzen. Dabei wäre es längst an der Zeit und dringend nötig, die staats- und

gesellschaftspolitische und kulturelle Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu hinterfragen und die dringendsten Korrekturen einzuleiten. So etwa im Erziehungs- und Bildungswesen. Die Träumerei von antiautoritärer Erziehung, Selbstverwirklichung und Leistungsverweigerung hat uns eine Elterngeneration beschert, welche Kinder kaum mehr erzieht, diese lediglich aufwachsen lässt. Um die Last der Schule zu verringern wurden die Lehrpläne mutig durchforstet und von anspruchsvollen Stoffen wie Geschichte und Staatskunde weitgehend befreit. Lehrer, die bereits das staatspolitische Denken einer ganzen Generation vergiftet haben, wollen heute allen Ernstes eine Zusammenfassung des Bergier-Berichtes als Lehrmittel in die Schulen bringen. Aber den Schülern die Staatsidee Schweiz begreiflich machen, das wollten, das wollen oder können sie nicht mehr. Dafür werden unschweizerische Ideologien in die Schulen getragen. Mit System und – leider – mit Erfolg. Und mit katastrophalen Konsequenzen. Unsere Nation steht vor der entscheidendsten politischen Weichenstellung seit der Gründung der neuen Eidgenossenschaft 1848: EU-Beitritt Ja oder Nein? Das Volk

ist in zwei etwa gleich starke Lager gespalten. Wer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes favorisiert, ist für, wer auch staatspolitisch gewichtet eher gegen den Beitritt. Als Folge der oben geschilderten gesellschaftlichen Entwicklung wächst das Lager der Befürworter täglich. Neubürger, welchen der Geschichtsunterricht vorenthalten wurde, sind kaum mehr in der Lage, die staatspolitische Bedeutung eines Beitritts zu bemessen. Am gleichen Wissen mangelt es grossteils auch den zehntausenden, welche jährlich eingebürgert werden.

Hier muss dringend und sofort Gegensteuer gegeben werden. Die Nation braucht eine staatspolitische Aufrüstung: Hinterfragen der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1968, Nachholen des versäumten Geschichtsunterrichts, Reaktivierung der Staatsidee Schweiz. Doch ebendies wollen die an den Schalthebeln sitzenden Ex-68er nicht und sie suchen Schritte in dieser Richtung mit aller Kraft zu verhindern. Zum Beispiel durch Verweigerung der Diskussion. PRO LIBERTATE bleibt dran.

Schwarze Liste

PRO LIBERTATE ergänzte an ihrer Hauptversammlung vom 6. März 2004 die anlässlich der Expo 02 lancierte «Schwarze Liste» mit dem Journalisten Martin Kaiser und mit den Nationalrätinnen Therese Frösch und Ruth Gaby Vermot-Mangold.

Die Nationalrätinnen Therese Frösch und Ruth Gaby-Vermot-Mangold kritisierten mit deplaziertem

Verhalten das Singen des Schweizerpsalms im Nationalrat zu Beginn der Wintersession. Martin Kaiser bezeichnete im Solothurner Tagblatt den Schwur von Christoph Blocher nach seiner Wahl zum Bundesrat vom 10.12.03 als Nazigruss.

Für die Vereinigung PRO LIBERTATE ist klar: Solches Verhalten widerspricht den grundlegenden Werten unseres Landes und ist scharf zu kritisieren.

Die Vereidigung der Landesregierung

MAX SCHIO,
EHRENMITGLIED PRO LIBERTATE,
HEIMISWIL

Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die

Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.

Nach der Wahl vom 10. Dezember 2003 legten der Gesamtbundesrat und die Bundeskanzlerin diesen Amtseid ab. Beim Betrachten der Bilder, die anschliessend in der Presse erschienen, kommt man

ins Grübeln: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Ernsthaftigkeit der Eidesleistung und der Haltung (der Anstrengung, die zum Erheben der Hand – nicht nur der Finger – erbracht wird)? Während die Räte und die Kanzlerin mit mehr oder weniger ausgestrecktem Arm ihren Eid leisten, hält Bundesrätin Calmy-Rey, scheint es, ein Handy ans Ohr – eine Geste, die auf Bildern früherer Vereidigungen nirgends zu entdecken ist. Nun ist meines Wissens nicht geregelt, in welcher Höhe sich die Hand zu befinden hat, wenn man

schwört. Die Faust im Sack wäre wohl als tiefste Position einzustufen; die ist indes den Untertanen vorbehalten und in der Regel nicht mit einem Eid verbunden, sondern mit einem Stosseufzer.

- Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Ernsthaftigkeit der Eidesleistung und der geistigen Haltung? ■■



Bild: Keystone

Moskau: Quo vadis, Putin?

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Rund 109 Millionen Russen gingen Mitte März zur Wahl und votierten zu über 71 Prozent erneut für Putin. Die OSZE hat sie als undemokratisch kritisiert, es gab Manipulationen mit Wählerlisten und das Verhalten der staatlich kontrollierten Medien war alles andere als fair. Tatsache ist aber auch, dass Gegenkandidaten kaum bemerkt wurden und Putin auf jetzt pünktliche Lohn- und Rentenzahlungen im Lande sowie auf ein Wirtschaftswachstum von 7,3 Prozent verweisen konnte (dass über die Hälfte davon auf günstige Öl- und Gaspreise zurückgingen, blieb allgemein unbekannt). Vergessen wurde, dass er im März 2000 für sein Versprechen gewählt wurde, den Tschetschenien-Krieg zu beenden – was nicht geschah –, die Korruption zu bekämpfen – sie hat vielmehr zugenommen – und die Not der Bevölkerung zu lindern – doch noch heute leben 31 Millionen unterhalb der Armutsgrenze. Das Ergebnis der Wahl, die man besser als eine Art Referendum für einen einzigen ernsthaften Kandidaten werten sollte, ist unverkennbar auch das Spiegelbild einer autoritär-patriarchalischen Grundstimmung weiter Kreise der russischen Bevölkerung und damit anderer-

seits aber ebenfalls eine – vorläufige – Absage an die Idee der parlamentarischen Opposition als Regulativ für die Staatsspitze.

Russland stellt heute keine Diktatur dar, aber ein neo-autoritäres Regime. Seit den letzten Parlamentswahlen hat die Präsidenten-Partei eine Mehrheit von über zwei Dritteln und alle wichtigen Parlamentsposten besetzt, die Oppositionsparteien sind praktisch handlungsunfähig. Der eigentliche Makel ist, dass Putins Macht persönlich ist und nicht auf der Unterstützung einer politischen Partei basiert. Und: Jeder vierte wichtige Staatsdiener weist eine direkte oder indirekte KGB-Vergangenheit auf.

Den Westen, primär die USA, sieht Putin als eine für die wirtschaftliche Modernisierung Russlands einsetzbare Ressource. Er möchte sein Land in die globale Weltwirtschaft integrieren und sieht dabei als Nahziele die WTO, die UNO und die G8, muss er doch Absatzmärkte und Investoren gewinnen; angesichts seiner Zweifel an einer echten Demokratisierung Russlands ist der Westen indes zurückhaltender geworden. Neue Rivalitäten zwischen Moskau und Washington, aber auch der EU zeichnen sich ohnehin ab: In seinem Streben nach einem mächtigen Russland will der Kreml die Wiederherstellung des russischen Einflusses auf die Staaten der früheren Sowjetunion. Der Westen hingegen möchte zumindest die Ukraine und Georgien auf West-Kurs halten – möglichst auch Usbekistan und Kirgisien.

Für die Zukunft hat Putin drei grundlegende Aufgaben vorgesehen: Die

Verdoppelung der Wirtschaftskraft, Überwindung der Armut und einen Umbau der Streitkräfte. Geändert hat sich am allgemeinen Zustand der Armee kaum etwas. Bekannt ist bei westlichen Nachrichtendiensten, dass die russische Rüstungsindustrie derzeit eine neue, see-gestützte ballistische Rakete und einen strategischen Bomber entwickelt sowie einen weitreichenden Marschflugkörper konzipiert hat. Das Schwergewicht aber wird bei einer umfassenden Modernisierung der strategischen Raketenstreitkräfte liegen. Die neue Generation von Atomraketen dürfte in fünf Jahren eingeführt werden; sie sollen mit zehn Sprengköpfen bestückt werden, die insgesamt vier Tonnen wiegen – und damit die grösste Kraft darstellen, die je von einer Rakete abgefeuert wurde! Die unlängst erfolgten, gross-angelegten Manöver, welche die grössten seit 20 Jahren waren, hatten ein zentrales Angriffsziel: die USA! Putin, der an den Übungen persönlich teilnahm, stellte die militärische Stärke Russlands als «ein Element der strategischen Sicherheit» hin und will diese angeblich nur zu einem stärkeren Mittel der Aussenpolitik machen. In den USA herrscht darüber grösseres Misstrauen, das angesichts Moskaus Weigerung, Einblick in seine Aktivitäten im Bereich der chemischen und biologischen Waffen sowie gerade an der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu gewähren, absolut nicht geringer geworden ist...

Dienst in der Armee XXI – ein paar Eindrücke

PATRICK FREUDIGER, LANGENTHAL

8

Am 15. März bin ich als Panzerjägerrekrut nach Chamblon/VD in die Inf RS 3 eingerückt. Es handelt sich dabei um einen Infanterielehrverband der Armee XXI. Natürlich will ich nicht schon nach so kurzer Zeit eine Bilanz ziehen. Hier aber meine ersten Eindrücke:

Der Tag beginnt um 5.45 oder 5.15 Uhr. Nach dem Morgenessen ist die ganze Kompanie versammelt zum Antrittsverlesen. Eine Schweizerfahne wird gehisst und der Schweizerpsalm gespielt! Die allermeisten Rekruten finden dies überflüssig. Ich empfinde jedoch jeden Morgen einen angenehmen Hauch von Patriotismus, den wir Schweizer doch so nötig hätten. Danach wird den ganzen Tag geübt: Zugschule, militärische Formen, Waffendrill, Schiessen, Märsche. Auf Disziplin und Ordnung z.B. im Zimmer wird grossen Wert gelegt und mit entsprechenden Sanktionen durchgesetzt. Unser Zug ist mit rund 70 Rekruten der grösste der Kompanie. Ausgebildet werden wir von Korporalen, Wacht- und Oberwachtmeistern sowie vom Oberleutnant, dem Zugführer.

Sinn und Zweck der Armee ist unter den Rekruten äusserst umstritten, wie ich aus einigen Diskussionen herausspürte. Dennoch ist die Moral der Kompanie gut. Man gibt sich Mühe, ist mehr oder weniger motiviert und akzeptiert Befehle. Letzteres ist nicht immer einfach. Manchmal reicht die Zeit gar nicht oder nur knapp zum Essen oder Duschen. Andererseits gibt es auch etliche Wartezeiten.

Die meisten Vorgesetzten sind Romands und sprechen zwar mehr oder weniger gut deutsch, doch alles muss immer in beiden Sprachen erklärt werden. Was mich wiederum sehr freut, ist die Null-Toleranz-Haltung der Armee gegenüber illegalen Drogen. Etwas, das ich im zivilen Leben vermisse. Jeder Rekrut hat zu Beginn der RS eine entsprechende Verzichtserklärung unterschrieben.

Was kann ich aus meiner bescheidenen Militärerfahrung über die Armee reform sagen: Es gibt z.B. einige neue Dienstgrade (Obergefreiter, Oberwachtmeister etc.). Die üblichen Probleme einer Reorganisation fehlen ebenfalls nicht. Wir sind deshalb aufgefordert worden, uns entsprechend anzupassen und trotzdem mitzumachen.

Fazit: Ich bin und bleibe ein Armeebefürworter, obwohl auch in der Armee XXI der Militärdienst kein Zuckerschlecken ist. Die Armee leistet neben ihrem Sicherheitsauftrag einen wichtigen Beitrag zur tugendhaften Erziehung des Menschen. Es bereitet mir aber Sorge, dass trotz Milizprinzip (allgemeine Wehrpflicht) ein grosser Teil meiner Altersgenossen keinen Militärdienst leistet. Zudem befürchte ich, dass die Landesverteidigung in der Armee XXI mit der neuen Doktrin «Sicherheit durch Kooperation» weniger Bedeutung geniesst. In einem Armeefilm wurde nur noch von nationaler Autonomie, nicht mehr von Souveränität gesprochen. Für ein Nicht-Mitglied der NATO und der EU ist eine solche Terminologie unverständlich.

●●●● 3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. 16. Mai 2004: Volksabstimmung über Steuerpaket, Mehrwertsteuer-Erhöhung und 11. AHV-Revision. PRO-LIBERTATE-Mitglieder gehen an die Urne!
2. Schengen-Beitritt: Aufgepasst! Bleibt unsere Unabhängigkeit tatsächlich unangetastet? Fazit: Prüfe, wer sich bindet!
3. Historische Auseinandersetzung mit Paul Grüniger: Die 68er verweigern den Dialog und zeigen ihre pseudo-demokratischen Fratzen! PRO LIBERTATE wird weiterbohren ...

und ●●●● 2 dringende Hinweise

1. Die Veranstaltung «Militärflugplatz Meiringen» vom 28. Mai 2004 ist ausgebucht. Leider können keine Anmeldungen mehr berücksichtigt werden. Besten Dank für Ihr Verständnis. Im Spätsommer folgt die nächste spannende Veranstaltung; die Einladung werden Sie mit den nächsten PRO-LIBERTATE-Mitteilungen erhalten.
2. Diesen PRO-LIBERTATE-Mitteilungen liegen die Rechnungen für die Jahresbeiträge 04 bei. Dank diesen Beiträgen und Spenden kann sich PRO LIBERTATE engagieren. Wir danken für die Überweisung des Jahresbeitrages 04 und für eine allfällige Aufrundung.

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber
Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt

Redaktionsschluss dieser Nummer: 29.3.2004

Schon
vorbeigesurft?
www.prolibertate.ch